

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: VO/7806/2021
	Status: öffentlich
	Datum: 12.01.2021

Dezernat:	III
Fachdienst:	59 - Planung, Steuerung und Qualitätsentwicklung
Sachbearbeiter/in:	Meyer, Werner

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Vorberatung	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg: Für eine soziale, gerechte und lebenswerte "Stadt für alle" - Endfassung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat stimmt dem vorgelegten „Sozialpolitischen Leitbild der Universitätsstadt Marburg“ zu und leitet dies zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung und die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Sachverhalt:

Eine erste Fassung des „Sozialpolitischen Leitbilds“ wurde im November 2020 im Magistrat und Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung vorgelegt (VO/7661/2020). In der Vorlage sind bereits alle Informationen zum Sachverhalt sowie zum weiteren Verfahren dargestellt.

Bis zum 12. Dezember 2020 sind wie festgelegt noch Änderungs- und Ergänzungsvorschläge eingegangen, die in die nun vorliegende Endfassung eingearbeitet wurden. Diese Fassung soll in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden.

In der Anlage sind zwei Fassungen:

Eine Endfassung, die beschlossen werden soll, sowie dieselbe Fassung mit den markierten Änderungen, so dass diese im Vergleich zur Fassung vom November 2020 einfacher nachzuvollziehen sind.

Wir bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine –

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Anlagen:

Entwurf Leitbild, Stand: 12. Januar 2021 (Beschlussvorlage)

Entwurf Leitbild, Stand: 12. Januar 2021 (mit Markierung der Änderungen)

Ausgehend von einem Workshop zu den „Leitlinien kommunaler Sozialpolitik“ in Marburg am 12. September 2019, an dem Bürger*innen, Vertreter*innen freier Träger, Initiativen sowie Ehrenamts- und Selbsthilfeorganisationen, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik teilnahmen sowie Überlegungen der Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung wurde folgendes „Leitbild kommunaler Sozialpolitik“ für die Universitätsstadt Marburg erarbeitet.

Für eine soziale, gerechte und lebenswerte „Stadt für Alle“ Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg

(Beschlussvorlage, Fassung vom 12. Januar 2021)

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur von hoher Qualität, Innovationskraft, Kreativität und Trägervielfalt aus. Sie ist prägend für unsere Stadt und auch das Fundament, um die kommunale Sozialpolitik immer wieder an neue Erfordernisse anzupassen. Menschen leben gerne in dieser Stadt, denn Marburg ist eine soziale, gerechte und lebenswerte Stadt für alle. Dies war und ist möglich, weil Bürger*innen, freie Träger, Politik und Verwaltung zusammenwirken und in Marburg der Konsens besteht, dass das gute Miteinander aller Menschen eine der zentralen Aufgaben der Kommune ist.

Einen wichtigen Partner bei der Gestaltung und Entwicklung kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in den freien Trägern und Selbsthilfeorganisationen in den verschiedenen Arbeitsfeldern sozialer Arbeit, deren Kenntnisse, Qualität, Leistungen und Erfahrungen für die soziale Ausgestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

Gute soziale Angebote nützen allen Bewohner*innen von Marburg, denn sie fördern das gute Klima in der Stadt. Eine soziale und gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie.

Wir verstehen die soziale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge. Bausteine des Zusammenlebens sind keine verzichtbaren „freiwilligen“ Leistungen, sondern genauso unverzichtbare Aufgabe der Stadt wie die technische Infrastruktur. Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne Sozialstaat nicht denkbar. Soziale Angebote sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft. Nur wenn alle Menschen sich in unserer Stadt gut aufgehoben und fair behandelt wissen, kann Zusammenleben gelingen. Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt vermittelt ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Wir wollen unsere sozialpolitischen Maßnahmen stetig bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen: Das wachsende Auseinanderdriften von Arm und Reich, Ansätze gesellschaftlicher Spaltung, die Folgen des demografischen Wandels, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen, die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft und die Sicherstellung der Integration, die noch immer erhebliche Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor, die Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmende Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen.

Mit diesem Leitbild fassen wir die Leitgedanken für das gute Zusammenleben in unserer Stadt zusammen. Es wurde unter großer Beteiligung der Bürger*innen, der Träger sozialer Angebote, der Verwaltung und der Stadtpolitik formuliert und am von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Das Leitbild ist der Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt, an dem sich konkrete Ziele und Maßnahmen orientieren sollen. Diese werden im Rahmen kommunaler Planungsprozesse gemeinsam mit Betroffenen, Trägern, Verwaltung und Politik entwickelt, sind an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und werden regelmäßig angepasst. Dies geschieht auf Augenhöhe aller Beteiligten.

Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Ziel der Marburger Sozialpolitik ist es, dass alle Menschen in Marburg ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben führen und am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können.

Partizipation gestalten

Partizipation bedeutet für die Marburger Sozialpolitik die Sicherstellung der Teilhabe aller Marburger*innen in den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Sie stellt ausreichende Unterstützungsmaßnahmen bereit, damit die Anliegen aller Bürger*innen – insbes. auch durchsetzungsschwacher Bevölkerungsgruppen – Berücksichtigung finden können. Sie entwickelt und implementiert dafür Strukturen zur gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmung und Mitgestaltung. Sie achtet darauf, dass Formen genutzt werden, die dem jeweiligen Alter, dem Bildungsgrad und der sozialen Lage entsprechen.

Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sichern

Unter Teilhabe versteht die Universitätsstadt Marburg auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Deshalb sollen alle Menschen in Marburg ungeachtet ihrer Herkunft, finanziellen Lage oder persönlichen Einschränkungen Zugang erhalten zu

- adäquatem bezahlbarem Wohnraum
- existenzsichernder Arbeit bzw. im Vorfeld zu Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten
- lebenslangen Bildungsangeboten und
- kulturellen Angeboten.

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen zu beheben ist eine zentrale Herausforderung der Marburger Sozialpolitik.

Diversität berücksichtigen

Die Universitätsstadt Marburg respektiert dabei die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen und hält sie für eine Bereicherung des städtischen Lebens. Jede und jeder soll sich in Marburg anerkannt und wertgeschätzt fühlen. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und jeder Form gruppenbezogener Ablehnung und Gewalt tritt die Stadt

entschieden entgegen. Sie fördert Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung gegenüber den unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung und trägt damit zu ihrer Überwindung bei.

In ihren sozialpolitischen Entscheidungen berücksichtigt sie die Diversität von Lebenslagen und Lebensentwürfen und sorgt dafür, dass jede und jeder die Unterstützung erhält, die er/sie brauchen.

Gemeinschaft bilden

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Universitätsstadt Marburg wollen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenslagen das soziale Miteinander fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Schutz vor Gewalt gewähren

Jedem Menschen in Marburg soll mit Respekt begegnet werden. Die Universitätsstadt Marburg trägt Sorge dafür, dass die Bürger*innen vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung geschützt werden.

Chancengleichheit fördern

Marburger Sozialpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dennoch sieht sie es insbesondere als ihre Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. Wo die Probleme am größten sind, muss die Förderung am stärksten sein. Chancengleichheit umfasst die besondere Förderung sozial benachteiligter Gruppen, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Präventiv handeln

Die Sozialpolitik der Universitätsstadt Marburg ist darauf ausgerichtet, präventiv zu handeln. Sie will soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können. Wo dies nicht gelingt, leistet sie einen Beitrag zur Beseitigung von Notlagen.

Im Sozialraum ansetzen

Einen wichtigen Ansatzpunkt sozialen Handelns sieht die Universitätsstadt Marburg in der Gestaltung des Sozialraum und der Aktivierung sozialräumlicher Ressourcen. Gerade für Menschen mit eingeschränkten Lebensmöglichkeiten ist der Sozialraum der zentrale Lebensort. Dort entsteht Gemeinschaft, dort zeigen sich aber auch Probleme und lassen sich Ressourcen erschließen für eine gemeinsame und inklusive Gestaltung.

Barrieren abbauen und vermeiden

Die Universitätsstadt Marburg sieht Barrieren nicht nur als bauliche Beschränkungen. Barrieren können insbesondere auch durch Sprache, gesellschaftliche Haltungen und Einschränkungen des Zugangs zu Informationen bestehen.

Barrierefreiheit soll überall städtischer Standard sein, vor allem in den Bereichen Bauen, Mobilität und Kommunikation. Der digitale Ausbau soll zum Abbau von Barrieren dienen. Er muss so gestaltet sein, dass Menschen nicht von Zugängen ausgeschlossen werden, sondern allen Menschen Zugänge ermöglicht werden.

Transparenz und einfache Informationswege herstellen

Die Universitätsstadt Marburg stellt sicher, dass sich alle Marburgerinnen und Marburger in einfacher Form über die sozialen Angebote in der Stadt informieren können. Dadurch kann einfach und schnell die Hilfe in Anspruch genommen werden, die benötigt wird.

Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur schaffen

Den Menschen in Marburg soll eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen, die sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Diese umfasst wohnortnahe wie auch zielgruppenspezifische Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen, die immer wieder an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen angepasst werden.

Die Universitätsstadt Marburg achtet darauf, dass sich die soziale Infrastruktur am Bedarf der Menschen und den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen orientiert, die Persönlichkeitsrechte wahrt, die Pflichtleistungen nicht nur erfüllt, sondern selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht und diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie freiwilliges Engagement unterstützen

Einen entscheidenden Beitrag zu gelingender kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Sie unterstützt die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe der Bürgerinnen und Bürger Marburgs untereinander durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen, fördert die Netzwerkarbeit und den Dialog der Engagierten mit Verwaltung, Politik und freien Trägern und pflegt eine Kultur der Wertschätzung.

Freie Träger stärken

Die Universitätsstadt Marburg erkennt die Leistung der freien Träger für die innovative soziale Entwicklung in Marburg an und sieht in ihnen unverzichtbare Partner für die Ausgestaltung der sozialen Arbeit.

Die Universitätsstadt Marburg achtet das Subsidiaritätsprinzip bei der Gestaltung von Angeboten und unterstützt die Arbeit der Organisationen durch adäquate vertragliche Vereinbarungen ab.

Sie informiert frühzeitig über anstehende Vorhaben und holt sich das Fachwissen der in den sozialen Organisationen tätigen Akteure ein.

Mit allen Beteiligten Sozialpolitik gestalten

Das Mitwirken und die Beteiligung von freien Trägern, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt mit ihren Ideen und Kompetenzen waren für die bisherige innovative soziale Entwicklung von besonderer Bedeutung und sind für die Planung und Ausgestaltung der Marburger Struktur sozialer Dienstleistungen und Unterstützungsangebote weiterhin unverzichtbar.

Politik, Verwaltung, freie Träger, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt stehen in einem kontinuierlichen Dialog über gesellschaftliche Entwicklungen, gesetzliche Veränderungen und soziale Bedarfe und planen notwendige sozialpolitische Maßnahmen gemeinsam.

Die Universitätsstadt Marburg schafft verbindliche Kommunikationsstrukturen und Verfahren zur Auswertung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in der Stadt, in denen sich freie Träger, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe begegnen.

Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen

Die Universitätsstadt Marburg überprüft ihre Entscheidungen auch in anderen politischen Handlungsfeldern auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen. Sie stellt sicher, dass soziale Belange auch dort Berücksichtigung finden.

Ausgehend von einem Workshop zu den „Leitlinien kommunaler Sozialpolitik“ in Marburg am 12. September 2019, an dem Bürger*innen, Vertreter*innen freier Träger, Initiativen sowie Ehrenamts- und Selbsthilfeorganisationen, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik teilnahmen sowie Überlegungen der Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung wurde folgendes „Leitbild kommunaler Sozialpolitik“ für die Universitätsstadt Marburg erarbeitet.

Für eine soziale, gerechte und lebenswerte „Stadt für Alle“ Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg

(Fassung vom 12. Januar 2021, nur zur Kenntnis mit **Änderungen fett und kursiv** markiert)

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur **von hoher Qualität, Innovationskraft, Kreativität und Trägervielfalt aus**. Sie ist prägend für unsere Stadt und auch das Fundament, um die kommunale Sozialpolitik immer wieder an neue Erfordernisse anzupassen. Menschen leben gerne in dieser Stadt, denn Marburg ist eine soziale, gerechte und lebenswerte Stadt für alle. Dies war und ist möglich, weil Bürger*innen, freie Träger, Politik und Verwaltung zusammenwirken und in Marburg der Konsens besteht, dass das gute Miteinander aller Menschen eine der zentralen Aufgaben der Kommune ist.

Einen wichtigen Partner bei der Gestaltung und Entwicklung kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in den freien Trägern und **Selbsthilfeorganisationen** in den verschiedenen Arbeitsfeldern sozialer Arbeit, deren Kenntnisse, Qualität, Leistungen und Erfahrungen für die soziale Ausgestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

Gute soziale Angebote nützen allen Bewohner*innen von Marburg, denn sie fördern das gute Klima in der Stadt. Eine soziale und gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie.

Wir verstehen die soziale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge. Bausteine des Zusammenlebens sind keine verzichtbaren „freiwilligen“ Leistungen, sondern genauso unverzichtbare Aufgabe der Stadt wie die technische Infrastruktur. Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne Sozialstaat nicht denkbar. Soziale Angebote sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft. Nur wenn alle Menschen sich in unserer Stadt gut aufgehoben und fair behandelt wissen, kann Zusammenleben gelingen. Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt vermittelt ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Wir wollen **unsere sozialpolitischen Maßnahmen stetig bedarfsgerecht** weiterentwickeln. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen: **Das wachsende Auseinanderdriften von Arm und Reich, Ansätze gesellschaftlicher Spaltung**, die Folgen des demografischen Wandels, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen, die Anforderungen einer **Einwanderungsgesellschaft und die Sicherstellung der Integration, die** noch immer erhebliche Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor, die Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmende Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen.

Mit diesem Leitbild fassen wir die Leitgedanken für das gute Zusammenleben in unserer Stadt zusammen. Es wurde unter großer Beteiligung der Bürger*innen, der Träger sozialer Angebote, der Verwaltung und der Stadtpolitik formuliert und am von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Das Leitbild ist der Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt, an dem sich konkrete Ziele und Maßnahmen orientieren sollen. Diese werden im Rahmen kommunaler Planungsprozesse gemeinsam mit Betroffenen, Trägern, Verwaltung und Politik entwickelt, sind an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und werden regelmäßig angepasst. Dies geschieht auf Augenhöhe aller Beteiligten.

Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Ziel der Marburger Sozialpolitik ist es, dass alle Menschen in Marburg ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben führen und am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können.

Partizipation gestalten

Partizipation bedeutet für die Marburger Sozialpolitik die Sicherstellung der Teilhabe aller Marburger*innen in den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Sie stellt ausreichende Unterstützungsmaßnahmen bereit, damit die Anliegen aller Bürger*innen – insbes. auch durchsetzungsschwacher Bevölkerungsgruppen – Berücksichtigung finden können. Sie entwickelt und implementiert dafür Strukturen zur gesellschaftlichen und politischen **Mitbestimmung und Mitgestaltung**. Sie achtet darauf, dass Formen genutzt werden, die dem jeweiligen Alter, dem Bildungsgrad und der sozialen Lage entsprechen.

Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sichern

Unter Teilhabe versteht die Universitätsstadt Marburg auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Deshalb sollen alle Menschen in Marburg ungeachtet ihrer Herkunft, finanziellen Lage **oder persönlichen Einschränkungen Zugang** erhalten zu

- adäquatem bezahlbarem Wohnraum
- existenzsichernder Arbeit bzw. im Vorfeld zu **Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt**
- bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten
- lebenslangen Bildungsangeboten und
- kulturellen Angeboten.

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und LGBTIQ*-Menschen zu beheben ist eine zentrale Herausforderung der Marburger Sozialpolitik.

Diversität berücksichtigen

Die Universitätsstadt Marburg respektiert dabei die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen und hält sie für eine Bereicherung des städtischen Lebens. Jede und jeder soll sich in Marburg anerkannt und wertgeschätzt fühlen. **Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und jeder Form gruppenbezogener Ablehnung und Gewalt tritt die Stadt**

entschieden entgegen. Sie fördert Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung gegenüber den unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung und trägt damit zu ihrer Überwindung bei.

In ihren sozialpolitischen Entscheidungen berücksichtigt sie die Diversität von Lebenslagen und Lebensentwürfen und sorgt dafür, **dass jede und jeder die Unterstützung erhält, die er/sie brauchen.**

Gemeinschaft bilden

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Universitätsstadt Marburg wollen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenslagen das soziale Miteinander fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Schutz vor Gewalt gewähren

Jedem Menschen in Marburg soll mit Respekt begegnet werden. **Die Universitätsstadt Marburg trägt Sorge dafür, dass die Bürger*innen vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung geschützt werden.**

Chancengleichheit fördern

Marburger Sozialpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dennoch sieht sie es insbesondere als ihre Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. Wo die Probleme am größten sind, muss die Förderung am stärksten sein. Chancengleichheit umfasst die besondere Förderung sozial benachteiligter Gruppen, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Präventiv handeln

Die Sozialpolitik der Universitätsstadt Marburg ist darauf ausgerichtet, präventiv zu handeln. Sie will soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können. Wo dies nicht gelingt, leistet sie einen Beitrag zur Beseitigung von Notlagen.

Im Sozialraum ansetzen

Einen wichtigen Ansatzpunkt sozialen Handelns sieht die Universitätsstadt Marburg in der **Gestaltung des Sozialraum und der Aktivierung sozialräumlicher Ressourcen.** Gerade für Menschen mit eingeschränkten **Lebensmöglichkeiten** ist der Sozialraum der zentrale Lebensort. Dort entsteht Gemeinschaft, dort zeigen sich aber auch Probleme und lassen sich Ressourcen erschließen für eine gemeinsame und inklusive Gestaltung.

Barrieren abbauen und vermeiden

Die Universitätsstadt Marburg sieht Barrieren nicht nur als bauliche Beschränkungen. Barrieren können insbesondere auch durch Sprache, gesellschaftliche Haltungen und Einschränkungen des Zugangs zu Informationen bestehen.

Barrierefreiheit soll überall städtischer Standard sein, vor allem in den Bereichen Bauen, Mobilität und Kommunikation. Der digitale Ausbau soll zum Abbau von Barrieren dienen. Er muss so gestaltet sein, dass Menschen nicht von Zugängen ausgeschlossen werden, sondern allen Menschen Zugänge ermöglicht werden.

Transparenz und einfache Informationswege herstellen

Die Universitätsstadt Marburg stellt sicher, dass sich alle Marburgerinnen und Marburger in einfacher Form über die sozialen Angebote in der Stadt informieren können. Dadurch kann einfach und schnell die Hilfe in Anspruch genommen werden, die benötigt wird.

Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur schaffen

Den Menschen in Marburg soll eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen, die sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Diese umfasst wohnortnahe wie auch zielgruppenspezifische Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen, die immer wieder an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen angepasst werden.

Die Universitätsstadt Marburg achtet darauf, dass sich die soziale Infrastruktur am Bedarf der Menschen und den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen orientiert, die Persönlichkeitsrechte wahrt, die Pflichtleistungen nicht nur erfüllt, sondern selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht und diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie freiwilliges Engagement unterstützen

Einen entscheidenden Beitrag zu gelingender kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Sie unterstützt die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe der Bürgerinnen und Bürger Marburgs untereinander durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen, fördert die Netzwerkarbeit und den Dialog der Engagierten mit Verwaltung, Politik und freien Trägern und pflegt eine Kultur der Wertschätzung.

Freie Träger stärken

Die Universitätsstadt Marburg erkennt die Leistung der freien Träger für die innovative soziale Entwicklung in Marburg an und sieht in ihnen unverzichtbare Partner für die Ausgestaltung der sozialen Arbeit.

Die Universitätsstadt Marburg achtet das Subsidiaritätsprinzip bei der Gestaltung von Angeboten und unterstützt die Arbeit der Organisationen durch adäquate vertragliche Vereinbarungen ab.

Sie informiert frühzeitig über anstehende Vorhaben und holt sich das Fachwissen der in den sozialen Organisationen tätigen Akteure ein.

Mit allen Beteiligten Sozialpolitik gestalten

Das Mitwirken und die Beteiligung von freien Trägern, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt mit ihren Ideen und Kompetenzen waren für die bisherige innovative soziale Entwicklung von besonderer Bedeutung und sind für die Planung und Ausgestaltung der Marburger Struktur sozialer Dienstleistungen und Unterstützungsangebote weiterhin unverzichtbar.

Politik, Verwaltung, freie Träger, Initiativen, Selbsthilfe und Ehrenamt stehen in einem kontinuierlichen Dialog über gesellschaftliche Entwicklungen, gesetzliche Veränderungen und soziale Bedarfe und planen notwendige sozialpolitische Maßnahmen gemeinsam.

Die Universitätsstadt Marburg schafft verbindliche Kommunikationsstrukturen und Verfahren zur Auswertung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in der Stadt, in denen sich freie Träger, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe begegnen.

Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen

Die Universitätsstadt Marburg überprüft ihre Entscheidungen auch in anderen politischen Handlungsfeldern auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen. Sie stellt sicher, dass soziale Belange auch dort Berücksichtigung finden.